



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/68 - 21. März 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 16 31-33
Fernschreiber 038 890

Zuckerbrot und Peitsche/ Zum Verhältnis der CDU zur FDP	S. 1
Erfolge der österreichischen Sozialisten auf der Erde	S. 3
Helmut Schmidt, M.d.B.: 10-Jahres-Strassenplan - einstweilen Wunschtraum	S. 5
Mit Globke in den Wahlkampf	S. 7

Die Einparteien-Koalition tagte

FB. Mittwoch hat im Palais Schaumburg das erste sogenannte Koalitionsgespräch stattgefunden, an dem nur noch die CDU/CSU, die DP und die neu gegründete "Demokratische Arbeitsgemeinschaft" beteiligt waren. Die Veranstalter dieses Gesprächs legen dabei grossen Wert darauf, diese Zusammenkunft als "Koalitions-Gespräch" zu bezeichnen. Politisch und sachlich aber dürfte feststehen, dass es sich hierbei nur um einen hochtrabenden Namen handelt, denn eine Koalition im eigentlichen Sinne gibt es nicht mehr. In Bonn besteht praktisch der Zustand der Einparteien-Regierung, denn sowohl die DP als auch die DA kann man nicht als Koalitionspartner, sondern lediglich als Wurmfortsatz der CDU ansprechen.

Trotz dieses Gesprächs und der Anerkennung der DA als "gleichberechtigten Koalitionspartner" wird von der CDU nach wie vor stereotyp erklärt, dass die Regierungskoalition mit der FDP als noch nicht aufgelöst zu betrachten, eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen sei und im Übrigen die Anerkennung der DA nichts mit der Frage des Verhältnisses zur FDP zu tun habe. Erklärungen, die fast an die guten alten Zeiten erinnern, wo ein Krieg tatsächlich erst begann, wenn die Kriegserklärung offiziell ausgesprochen worden war, während wir heute in einer Zeit leben in der Kriegserklärung und Friedensschluss offensichtlich zum politischen Ballast gehören.

Es obliegt in erster Linie der FDP, eindeutig klarzustellen, ob die Koalition mit der Partei des Bundeskanzlers nun gelöst ist oder nicht, obwohl die Bad Wimpfener Erklärung eigentlich Klarheit genug gebracht

haben sollte.

Die politischen Motive des Vergaltens der CDU/CSU liegen auf der Hand. Denn zum gleichen Zeitpunkt, in dem man die DA offiziell anerkannte, wurden die Dissidenten des BHE einschliesslich der obdachlosen beiden Minister Kraft und Oberländer offiziell in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als "vollberechtigte" Mitglieder aufgenommen. Dieser Vorgang dürfte beweisen, dass die CDU/CSU im Hinblick auf den BHE ihre Hoffnungen aufgegeben hat, sie könnte ihn weiter spalten und zusätzliche Abgeordnete zu der ehemaligen KO-Gruppe herüberziehen. Mit diesem Schritt dürfte auch die Illusion zu den Akten gelegt worden sein, man könne mit Kraft und Oberländer eine neue Konkurrenz-Organisation zum BHE aufziehen.

Anders liegen die Dinge bei den Freien Demokraten. Hier hat die CDU offensichtlich immer noch die Hoffnung, zu der 16er-Gruppe der Euler, Blücher und Schäfer weitere Abgeordnete herüberzuziehen oder innerhalb der FDP-Fraktion eine neue Palast-Revolution zu entfesseln, die die Rückkehr in die CDU-Koalition ebnen könnte.

Diese Kalkulation hat sehr offen das Kanzler-Blatt "Kölnische Rundschau" ausgesprochen, das am Mittwoch schrieb:

"Die Antwort aus der Klausur von Wimpfen ist so mager, dass man nicht glauben kann, es würden sich alle Freien Demokraten mit ihr zufriedengeben".

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass diese Taktik der weiteren Aufspaltung der FDP bis zum hoffnungslosen Splitter oder der Rückführung in den Schoß der CDU-Koalition mit Blick auf das Wahljahr 1957 geschieht. Die CDU/CSU weiss, welche Gefahren für sie auftauchen, wenn 1957 die SPD nicht allein als Oppositionspartei in den Wahlkampf hineingeht. Eben darum ist es ihr Ziel, entweder die Freien Demokraten durch neue Aufspaltung kampfunfähig zu machen oder sie doch noch in die Zucht einer neuen Koalition zu bringen.

Einer Nachrichtenagentur ist gestern ein technischer Fehler unterlaufen, der politisch symptomatisch zu sein scheint. Über das Gespräch, das der Bundeskanzler mit Vizekanzler Franz Blücher und Bundesminister Dr. Preusker führte, meldete sie, dass der Bundeskanzler den aus der FDP-Fraktion ausgetretenen Politikern die Anerkennung der CDU/CSU ausgesprochen hat. Erst als dieses Malheur geschehen ist, berichtete man später, dass der Kanzler selbstverständlich die Anerkennung als gleichberechtigte Koalitionspartner gemeint habe. Wie gesagt, der Agentur scheint nur ein technischer Fehler unterlaufen zu sein, politisch aber hat man mit der ersten Fassung den Nagel auf den Kopf getroffen; die Freien Demokraten aber sollten wissen, was ihnen blüht, wenn sie nicht in Geschlossenheit eine weitere Absplitterung oder eine neue tödliche CDU-Umarmung vermeiden.

Arbeiterbauern und Herrenbauern

E.F. Bei den Gemeinderatswahlen in Bayern konnten Sozialdemokraten und Christlich-Soziale ihre prozentualen Stimmenanteile bedeutend erhöhen. Das ging einmal auf Kosten der kleineren Parteien, zum anderen trug aber auch die für Kommunalwahlen hohe Wahlbeteiligung von 82 % dazu bei. Von 6,1 Millionen Wahlberechtigten waren mehr als 68 000 Kandidaten zu wählen: 1 416 Stadträte, 5 372 Kreisräte, 54 378 Gemeinderäte, 7 000 Bürgermeister und 12 Oberbürgermeister. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass bei Kommunalwahlen die Stimmen der ländlichen Bevölkerung besonders ins Gewicht fallen.

Zu gleicher Zeit fanden Gemeinderatswahlen im österreichischen Land Tirol statt, das einen ebenso ländlichen Charakter aufweist wie Bayern. In Westdeutschland ist man geneigt, den Verhältnissen in Bayern und denen in Österreich eine gewisse Ähnlichkeit zuzusprechen. Das Wahlresultat zeigt uns jedoch, dass - zumindest auf politischem Gebiet - die Ähnlichkeit gar nicht so gross ist. Hier konnte die SPÖ beträchtliche Stimmengewinne auf Kosten der ÖVP verbuchen, die etwa mit der bayerischen CSU zu vergleichen ist.

Damit setzte sich bei den Tiroler Kommunalwahlen eine Tendenz fort, die sich schon bei den letzten Landtagswahlen abzeichnete, wo die SPÖ besonders in den rein bäuerlichen Gegenden Kärntens Tausende Stimmen gewann. In diesen Resultaten trägt eine jahrelange, mühevoll Arbeit der SPD für die Landbevölkerung ihre Früchte. Schon über 30 Jahre gibt es in Österreich unter Vorsitz des verdienstvollen Nationalrats Josef Steiner eine eigene Bauernorganisation, den Österreichischen Arbeitsbauernbund. Das Werk dieses Arbeitsbauernbundes sind einige hundert Gemeinschaftsmaschinenhöfe der Kärntner und Steiermärker Landmaschinenhilfe, (nicht zu verwechseln mit Maschinen- und Traktorenstationen oatzonalen Stils), deren grossen Wert die Bauern erkannt haben. Ein gutes Kleinbauernprogramm klärt die Landbevölkerung über die agrarpolitischen Ziele der SPÖ auf.

In Österreich werden auf dem Lande die Gegensätze viel schärfer herausgestellt - es gibt "Herrenbauern" in einem der ÖVP nahestehenden Herrenbauernbund und die bereits genannten Kleinen Arbeiterbauern. Die gleichen Unterschiede gibt es auch in Westdeutschland. Hier haben

sich aber unsere Kleinbauern leider im grossen und ganzen, obwohl sie zahlenmässig überwiegen, immer von den Grossen zu ihrem eigenen Schaden bevormunden lassen.

Im Mai erfolgt in unserem südlichen Nachbarland die Neuwahl des Nationalrats. Der Wahlkampf wird auf dem Lande bereits mit grosser Erbitterung geführt. Als interessante Parallele sei hier angeführt, dass ähnlich zu vorjährigen Ereignissen in der Bundesrepublik, die Milchpreisfrage eine grosse Rolle spielt. Die ÖVP und der Herrenbauernbund treten für eine Milchpreiserhöhung ein, während die SPÖ und der Arbeiterbauernbund eine Milchpreissubvention unterstützen, weil sich die kleinen Bauern von einer Preiserhöhung bekanntlich nur wenig versprechen können. Ausserdem würden durch eine Subvention die Verbraucher nicht belastet.

* * *

Wo ist die Grenze des Sozialen?

Wir erhielten folgende Zuschrift:

"Bezirksamt H.M.

Ihr Antrag auf Feuerungsbeihilfe vom 22.II. 56

H... den 15.3.1956

Sie erhalten mit Ihrer Frau monatlich 148,- DM. Kriegsschadensrente, ihre Schwiegermutter 87,70 DM. Mit diesen 235,70 DM überschreiten Sie den Fürsorgegerichtssatz zusätzl. 10 % um rd. 88.-- DM. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muss aus diesem Grunde die Zahlung einer Brennstoffbeihilfe abgelehnt werden. Der Amtmann

Die Schwiegermutter ist 88 Jahre alt. Die 3 Personen "wohnen" seit zehn Jahren in 2 Bodenkammern Kilometerweit von Stadt und Dorf. Anderweitige Einkünfte bestehen nicht. Wohnraumverbesserung ist seit langem beantragt, aber bisher nicht aktiviert. - Unlängst sagte Bundestagsabg. Pfarrer Kerten: für eine 4köpfige Familie wären rd. 277 DM Rente monatl. 60 % des Existenzminimums. Wo liegt das Minimum an sozialer und christl. Nächstenfürsorge im westdeutschen -- "Wunderland"??

Unterschrift"

Die Klage dieses Rentners, dessen Anschrift uns bekannt ist, spricht für sich.

* * *

Was steckt hinter Seeborns Zahlenrausch?

Von Helmut Schmidt, M.d.B.

Nach einem allseitig bestätigten Fiasko seiner ersten vierjährigen Amtsperiode kam der Bundesverkehrsminister trotzdem mit einem blauen Auge davon: Ihm wurde noch einmal das gleiche Amt übertragen - wenn auch unter der Auflage eines radikalen Kurswechsels seiner gesamten Verkehrspolitik. In der Folge hat zwar der Minister viele seiner früheren Ansichten widerrufen, ein zuverlässiger Kurs ist jedoch immer noch nicht zu erkennen, die öffentliche Kritik ist mit Recht genau so stark wie seinerzeit. Deshalb versucht Dr. Seeborn heute, sich vor Ende seiner zweiten Amtsperiode rechtzeitig ein Alibi zu verschaffen.

Nicht anders ist der politische Zweck seines am 14. März mit viel Getöse verkündeten 10-Jahres-Plans für den Strassenbau zu bewerten. Denn der Plan sagt nur, wieviel Geld eigentlich für den Strassenbau ausgegeben werden müsste, er schweigt sich über die haushaltsmäßige Bereitstellung aus. Er erweckt in der Öffentlichkeit absichtlich den Eindruck, als habe die Bundesregierung endlich ihre Strassenbau-Verantwortung entdeckt, und doch muss Dr. Seeborn gleichzeitig kleinlaut zugeben, dass sein Plan noch nicht einmal dem Kabinett vorgelegen hat und dass einstweilen keine Aussicht besteht, die Zustimmung des Finanzministers zu erreichen. Eine Verabschiedung des Seebornschen Programms durch das Kabinett hätte keinerlei Sinn - es sei denn, man würde gleichzeitig wenigstens die Grundlinien der Mittelbeschaffung beschliessen. Diese aber fehlen vollständig.

Der Bundestag gab den Anstoss

Worin besteht danach der sachliche Gehalt des Seebornschen Programms? Er enthält eine an sich sehr nützliche Zusammenstellung aller Autobahn- und Bundesstrassenabschnitte, aller Ortsumgehungen und Ortsdurchfahrten, aller schienengleichen Kreuzungen und Erostempfindlichen Strecken, die dringend neu geschaffen bzw. ausgebaut werden müssten, wenn das Grundnetz der deutschen Strassen dem voraussichtlichen Verkehr des Jahres 1966 oder 1970 gewachsen sein soll. Die Einzelheiten dieser Zusammenstellung beruhen auf Ermittlungen der Länder und Städte, sie sind im allgemeinen sorgfältig und zutreffend.

Bedenklich erscheint allerdings, dass bei der Schätzung des Verkehrsumfanges des nächsten Jahrzehnts ab 1960 nur noch mit völlig uner-

heblichen Zunahmen der Fahrzeugziffern gerechnet wurde; diese Annahme wird mit Sicherheit durch die tatsächliche Entwicklung völlig über den Haufen geworfen werden. Trotzdem bleibt die Zusammenstellung zunächst eine durchaus brauchbare Orientierungsgrundlage. Es ist aber kaum ein Verdienst, dass sie heute endlich vorliegt; eine sorgfältige Planung des Strassenbaus der Bundesrepublik hätte mindestens seit 1950 schon ein solches Programm aufstellen und anhand der praktischen Erfahrungen laufend ergänzen müssen. Es war auch nicht Herr Dr. Seebohm, sondern vielmehr der Deutsche Bundestag, der genau vor Jahresfrist, am 23. März 1955, in einem einstimmigen Beschluss die Aufstellung dieses 10-Jahres-Plans verlangt hat.

Schweigen über Finanzierung

Der Bundestag hatte allerdings nicht erwartet, dass die Regierung sich bei diesem Plan über die Finanzierung ausschweigen würde, im Gegenteil: die Finanzierung des Programms ist der bei weitem problematischere Teil und der politisch bei weitem wichtigere. Es ist daher völlig irrig, was vor wenigen Tagen einer der wenigen bundeshauptstädtischen Journalisten schrieb, die Dr. Seebohms Politik noch Sympathie bewahrt haben: "Beim Bundestage liege nunmehr eine seit Jahren in unbeirrbarer Konsequenz angesteuerte, aufs beste volkswirtschaftlich fundierte Unterlage für eine verkehrspolitische Entscheidung von säkularer Bedeutung." Denn erstens kann von volkswirtschaftlicher, d.h. finanzwirtschaftlicher Fundierung überhaupt keine Rede sein, zweitens liegt "unbeirrbarer Konsequenz" bestenfalls im vorerwähnten Bundestagsbeschluss vom März 1955 und drittens hat der Bundesverkehrsminister sein Programm dem Bundestag keineswegs vorgelegt. Es hätte auch wenig Sinn, über dieses Programm einen Bundestagsbeschluss herbeizuführen.

Betrüßliche Erfahrungen

Was ist notwendig? Die Bundesregierung muss sich darüber klar werden, wie weit und mit welchen Mitteln sie im Zusammenwirken mit den Länderregierungen bereit ist, die erforderliche Finanzierung bereitzustellen. Erst eine Vorlage über diese Seite der Sache würde einen Bundestagsbeschluss rechtfertigen. Aber gerade auf diesem Gebiet sind

alle bisherigen Erfahrungen mit der Finanzpolitik des Bundes recht betrüblich. Man halte sich nur vor Augen, dass nach Seebohms Programm die Bundesregierung für den Strassenbau jährlich 2,2 Milliarden DM aufwenden müsste, während sie z.Zt. nur 440 Millionen jährlich zur Verfügung stellt, d.h. nur 20 Prozent des von Seebohm festgestellter Bedarfs. Insofern hat Seebohms Plan wenigstens auch ein politisches Verdienst: er deckt schonungslos das finanzpolitische Versagen der Bundesregierung auf.

Die Finanzierung der notwendigen Strassenbau-Investitionen ist nur möglich, wenn sich sowohl Bundesregierung als auch Länderregierungen zu Gesetzesvorschlägen durchringen, welche das Finanzaufkommen aus Mineralöl- und Kraftverkehrssteuer ausschliesslich dem Strassenbau widmen. Nur diese direkte Verkopplung kann sicherstellen, dass die Dynamik der Motorisierung automatisch begleitet wird von einem ebenso dynamischen Ausbau unseres Strassennetzes. Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Verkehrsunfallziffern der Welt - ausreichender Strassenbau ist das einzig durchschlagende Mittel gegen diese Zivilisationsseuche.

* * *

Der Kanzler und Globke

sp. Der Bundeskanzler wird sich auf keinen Fall von seinem Staatssekretär Globke trennen, auch wenn dies von manchen als "eine Belastung während des Wahlkampfes empfunden werden sollte." Er wüsste keinen, den er an seine Seite stellen könnte. Dies ist die Quintessenz einer Kanzler-Unterredung mit einem Vertreter der "Süddeutschen Zeitung"; der demonstrative Charakter dieses Freundschaftsbekanntnisses zu dem unstrittenen Verfasser der Nürnberger Rassengesetze wird noch durch die Tatsache unterstrichen, dass Globke voraussichtlich dem Kanzler während seines vierwöchentlichenurlaubes ständig als Berater zur Seite stehen wird.

Der Fall Globke beginnt inzwischen die Weltöffentlichkeit zu beschäftigen. Viele besorgte Stimmen, gerade von Freunden der deutschen Demokratie, fragen sich, wie es um die Stabilität und die innere Ordnung der Bundesrepublik aussehen mag, wenn ein Mann, der durch sein Wirken viele Seiten der dunkelsten deutschen Geschichte füllte, weiterhin eine Schlüsselposition in der Bundesrepublik bekleiden darf. Der Bundeskanzler setzt sich darüber hinweg, ihn ficht es nicht an; für ihn ist Globke der Mann, auf den er wegen seines "guten Gedächtnisses, seiner enormen Personenkenntnis, seiner überragenden Intelligenz und seines ungewöhnlichen Pflichtgefühls" willig nicht verzichten will. Alle diese an sich lobenswerten Eigenschaften kamen in Globkes Kommentar im Dritten Reich zur Geltung, und die NS-Führung wusste schon, was sie an diesem Mann hatte. Soll er nur deshalb gehalten werden, weil er, wie damals, wegen seines "Pflichtgefühls" nun für gewisse Machtgruppen in der Bundesrepublik unentbehrlich geworden ist?

Der Fall Globke beginnt mehr als peinlich zu werden. Das Bekanntnis Auenauers zu Globke schliesst nicht die Diskussion um diesen Mann ab, sie gibt ihr eine neue Wendung, in der im Interesse der deutschen Demokratie noch manches zu sagen sein wird.

* * *

Kohlenpreise freigegeben

sp.- Die Hohe Behörde der Montanunion hat in ihrer heutigen Sitzung das bis zum 31. März 1956 befristete Höchstpreissystem für Ruhrkohle nach langen Drängen des Ruhrkohlenbergbaues und nach befürwortender Stellungnahme der Bundesregierung aufgehoben. Damit sind die Kohlenpreise freigegeben. Auf einer Pressekonferenz am 20.3.1956 in Bonn begründete Staatssekretär Westrik die durchaus nicht einmütige Entscheidung der Bundesregierung: es sei notwendig, die Rentabilität des Kohlenbergbaues sicherzustellen, zumal die gegenwärtige Unterdeckung DM 6,14 pro t Kohlenförderung betrage. Es gelte, den Kohlenbergbau zu fördern, dass er zu weiteren Investitionen angereizt werde, um die Differenz zwischen Kohlenförderung und dem volkswirtschaftlichen Bedarf sicherzustellen. Die Erhöhung des Kohlepreises um 2.00 DM pro t. und die Entlastung des Kohlenbergbaues durch Steuerermäßigungen, begünstigte Abschreibungsmöglichkeiten, Übernahme von Sozialverpflichtungen des Bergbaues sowie Zahlung von Schichtprämien an die Bergarbeiter, nach den Beschlüssen der Bundesregierung, trage der Unterdeckung von DM 6,14 Rechnung. Die Aufhebung des Höchstpreissystems werde voraussichtlich nicht zu höheren Kohlepreisen führen, als diesen 2.00 DM entspreche.

Schon der DGB hatte gegen diese Stellungnahme der Bundesregierung starke Bedenken erhoben und auch die Gewerkschaftsvertreter im Beratenden Ausschuss der Montanunion sprachen sich gegen die Aufhebung des Höchstpreissystems aus. Sie fürchten um das europäische Industriepreis-Niveau und dessen Rückwirkung auf die Lebenshaltung. Die vom Ruhrkohlenbergbau und der Bundesregierung angeführte Begründung, die nur für den Ruhrkohlenbergbau geltenden Höchstpreise innerhalb der Montanunion stellen eine Diskriminierung dar, finden in den Tatsachen keine Stütze. Tatsächlich ist der französische Kohlenbergbau nationalisiert und seine Kohlenpreise werden praktisch vom Staat bestimmt. Auch Belgien hat durch ein Preisausgleichssystem gewissermaßen gebundene Preise. Die günstigeren Förderbedingungen des Ruhrkohlenbergbaues erlaubten durchaus ein niedrigeres Preisniveau.